



Wahlsynopse - eine vergleichende Gegenüberstellung von Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025

„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

	Gesetzlichen Mindestlohn beibehalten?	Höhe Mindestlohn	Bürgergeld beibehalten?	Höhe Bürgergeld	Sanktionen beim Bürgergeld	Wohnungs-Obdachlosigkeit	Mietobergrenzen?	Mieter - Kündigungsschutz
SPD	Ja	15€ ab 2026	ja	Keine Angabe für die Zukunft	Ja - „eingefordert wird die aktive Mitwirkung“	„Wohnungslosigkeit bis 2030 überwinden“	Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt maximale Mietsteigerung von 6% in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete	Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im BauGB über 2025 hinaus verlängern Eigenbedarfskündigungsrecht reformieren und es auf die Wohnnutzung durch die Kernfamilie beschränken.
CDU	Nein-Mindestlohnkommission	----- -	Nein – Neue Grundsicherung	„überproportionale Erhöhung verhindern“	Ja - Bis hin zur Grundsicherung komplett zu streichen	Keine Angabe	„Regeln zur Miethöhe“	„für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz“
Grüne	ja	15 € sofort	ja	Keine Angabe für die Zukunft	Keine Angaben	„ Nationalen Aktionsplan zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit weiter-	Mietpreisbremse verlängern Mietpreisbremse anwenden auf Wohnungen die älter als fünf Jahre sind In	stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und Kündigungen wegen Mietschulden Entfristung der Umwandlungsbrem-

Wahlsynopse - eine vergleichende Gegenüberstellung von Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025

„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

						entwickeln Housing-First-keine Zwangsräumungen auf die Straße	angespannte Wohnungsmärkten - einen Mietenstopp	se.
Linke	ja	15 € sofort	ja	Regelsatz 813 Euro	Nein – „sanktionsfreien Mindestsicherung“	„ Obdachlosigkeit abschaffen “ Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit verbieten Housing-First verankern Wohnungslosen regulären Wohnraum bereitstellen	„ Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden“ Bei angespannte. Wohnungsmarkt keine Mieterhöhung nächsten 6 Jahre	Eigenbedarfskündigungen auf Verwandte ersten Grades beschränken Mietwohnungen durch ein generelles Umwandlungsverbot schützen.
FDP	Nein-Mindestlohnkommission	----- -	ja	„Regelsatz liegt im Jahr 2025 weiter über dem Bedarf“	Ja – „ Stück für Stück reduzieren - Arbeitsgelegenheit für Totalverweigerer“	Keine Angabe	Die Mietpreisbremse auslaufen lassen Keinen bundesweiten Mietendeckel	„Faire Regeln für Mieter und Vermieter“
BSW	ja	15 € sofort	Nein „Das Bürgergeld durch eine	Grundsicherung keine Angabe	Ja – „Wer Maßnahmen ohne Gründe ablehnt, muss	Keine Angabe	bundesweiten Mietendeckel statt einer Mietpreisbremse.	strengere Regulierung der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Ferienwohnungen

Wahlsynopse - eine vergleichende Gegenüberstellung von Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025

„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

			leistungsstarke und leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung und eine faire Grundsicherung ersetzen“	Langjährig Versicherte 60% des letzten Nettogehalts durch Arbeitslosenversicherung zahlen	mit Konsequenzen rechnen“		Mieten in besonders belasteten Regionen bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren.	
AFD	Ja	Keine Aussage	Ja	Keine Angabe	Ja, nach sechs Monaten Bürgergeld grundsätzlich Teilnahme an Bürgerarbeit mit 15 Wochenstunden bei Verweigerung Geldleistung unbar über die Debitkarte	„steigende Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen zeigt die mangelhafte Planung im sozialen Wohnungsbau“ -bundesweiten zentralen Statistik zur Erfassung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit.	die Mietpreisbremse und den Mietendeckel abschaffen	Keine Aussage